



Gewerkschaft der Polizei Bundespolizei Saarland

www.kg-saarland.gdp-bundespolizei.de

Saarpfalz Park 5

66450 Bexbach

Tel.: 06826 / 522-0 (150)

Mobil: 0178 / 8608293

Saarbrücken und Bexbach, den 20.03.2012

Presse INFORMATION

Bundespolizei: GdP im Saarland unterstützt zweite Warnstreikwelle im öffentlichen Dienst



Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Kreisgruppe Bundespolizei Saarland, Roland Voss ruft zur Teilnahme an der zweiten Warnstreikwelle im öffentlichen Dienst auf. Hierzu werden auch Tarifbeschäftigte der saarländischen Bundespolizei am 21.03.2012 die Arbeit niederlegen.

„Die Warnstreiks sind erforderlich, weil die Arbeitgeber auch in der zweiten Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen kein adäquates Angebot vorgelegt haben“, so Voss weiter. Unterstützt werden die Beschäftigten dabei auch von zahlreichen Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei, die ihre Verärgerung über die Uneinsichtigkeit der Arbeitgeber bei einer zentralen Kundgebung in Köln zum Ausdruck bringen.

„Die Bereitschaft zu streiken und zu demonstrieren ist groß“, so Voss, der auch erklärt, dass die Menschen es verstehen und unterstützen, dass die GdP für die Bundespolizei mehr Geld fordert. Gemeinsam mit ver.di, GEW und der dbb-tarifunion will die GdP für die zwei Millionen Staatsbediensteten 6,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber einen Sockelbetrag von 200 Euro durchsetzen. Zudem wollen die Gewerkschaften gesicherte Zukunftsperspektiven für die Auszubildenden und eine Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten.

Das Arbeitgeberangebot liegt weit unterhalb der Inflationsrate. Voss: „Es ist ein Skandal, wie wir abgespeist werden sollen. Das können wir nicht hinnehmen.“ Die angebotene zweistufige Erhöhung der Tabellenentgelte um 2,1 Prozent in 2012 und 1,2 Prozent in 2013, sowie eine Einmalzahlung in Höhe von 200,- Euro bedeuten Reallohnverluste in größerem Ausmaß.

Die GdP wird den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen und sich an den Warnstreikwellen beteiligen. Die saarländischen Kollegen schließen sich am Mittwoch der zentralen Kundgebung im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen an.

Kommt es am 28. März in Potsdam nicht zu einer Einigung, wird es zu Urabstimmungen kommen.

Weitere Informationen auch im Internet unter: www.kg-saarland.gdp-bundespolizei.de

Verantwortlich: GdP- Kreisgruppe Bundespolizei Saarland: Roland Voss 0178/8608293